

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bernhard Henter (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Geplante Realisierung des Projekts Windpark Losheim-Britten (Saarland) innerhalb des Naturparks Saar-Hunsrück

Die **Kleine Anfrage 1467** vom 25. März 2013 hat folgenden Wortlaut:

Aktuell bestehen Planungen der saarländischen Gemeinde Losheim, unmittelbar an der rheinland-pfälzischen Landesgrenze sowie der Gemarkungsgrenze von Greimerath und in einem Abstand von rd. 1 800 Metern von der Ortslage Greimerath entfernt einen Windpark mit fünf Windrädern mit einer Höhe von ca. 200 Metern zu errichten. Dieses Vorhaben stößt auf massiven Widerstand bei der Bevölkerung der Ortsgemeinde Greimerath, unter anderem auch vor dem Hintergrund, dass am westlichen Ortsrand, also in Richtung der geplanten Windräder, eine Erweiterungsfläche für ein Bau- bzw. Wohngebiet im gültigen Flächennutzungsplan vorgesehen ist, die im Falle einer Realisierung der Anlagen sinnlos würde. In der Folge sieht sich die Ortsgemeinde durch das geplante Vorhaben massiv in ihrer Planungshoheit beeinträchtigt. Zwischenzeitlich hat sich dort eine Bürgerbewegung gegründet, die dieses Vorhaben – gemeinsam mit der Ortsgemeinde – mit allen ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln bekämpft. Entsprechende Gegengutachten zeigen auf, dass die von der Investorenseite beauftragten Gutachten erschreckende Mängel aufweisen und kommen zu dem Ergebnis, dass artenschutzrechtlich eine Aufstellung von Windkraftanlagen nicht zulässig sei. Diese Auffassung vertreten auch NABU Saarland sowie NABU Rheinland-Pfalz.

Ich frage die Landesregierung:

1. Fanden bereits Gespräche zwischen den Landesregierungen Rheinland-Pfalz und Saarland, bzw. auf Verwaltungsebene zwischen beiden Bundesländern zu dieser Problematik statt oder sind derartige Gespräche geplant? Wenn ja, welche Position hat die Landesregierung hierbei vertreten bzw. will sie vertreten? Wenn nein, warum nicht (bitte Begründung)?
2. Teilt die Landesregierung die Bedenken der betroffenen Bevölkerung von Greimerath, dass eine Realisierung dieser Maßnahme für die anerkannte Fremdenverkehrsgemeinde Greimerath, deren wesentliche Ressourcen in der umgebenden ungestörten, unzerschnittenen Landschaft und der sich daraus ableitenden Wohnqualität und Attraktivität für den Fremdenverkehr bestehen, eine schwere Belastung darstellen würde?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die befürchteten Auswirkungen auf das in unmittelbarer Nähe zum geplanten Aufstellungs-ort der Windräder gelegene Naturschutzgebiet „Panzbruch/Ochsenwiese Greimerath“, in dem, mit Hilfe des Landes Rheinland-Pfalz, ein mustergültiges Beweidungsprojekt mit wildlebenden Rindern und Pferden unmittelbar vor der Errichtung steht?
4. Teilt die Landesregierung darüber hinaus die Auffassung, dass in entsprechend von den Betreibern dieses Windparks beauftragten Gutachten wesentliche Fakten nicht ausreichend bzw. überhaupt nicht berücksichtigt wurden, so zum Beispiel die Auswirkungen auf das vorerwähnte Naturschutzgebiet, das ein wichtiges Vogelhabitat (u. a. Rastplatz für durchziehende Kraniche) darstellt?
5. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Bevölkerung von Greimerath, dass das gebotene interkommunale Abstimmungsgebot nach § 2 Abs. 2 Satz 1 BauGB nicht in hinreichendem Maße beachtet wurde?
6. Ist die Landesregierung bereit, aufgrund der länderübergreifenden Auswirkungen der geplanten Maßnahme das angestrebte Verwaltungsstreitverfahren der Ortsgemeinde Greimerath, entsprechend dem Antrag der Ortsgemeinde vom 7. März 2013, als Musterprozess anzuerkennen und die Verfahrenskosten einschließlich des ggf. erforderlichen Revisionsverfahrens zu übernehmen? Wenn nein, bitte detaillierte Begründung.
7. Ist die Landesregierung insgesamt bereit, die juristischen Bemühungen der Ortsgemeinde Greimerath um Wahrung ihrer Rechte und Schutz ihrer Belange vor rechtswidrigen Beeinträchtigungen durch die saarländische Gemeinde Losheim in der beantragten Form zu unterstützen? Wenn nein, bitte detaillierte Begründung.

b. w.

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 17. April 2013 wie folgt beantwortet:

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord sowie die Kreisverwaltung Trier-Saarburg sind im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach dem Baugesetzbuch beteiligt worden und haben zu dem Vorhaben Stellung genommen. Hierbei haben sie verschiedene Mängel in der gutachterlichen Bewertung aufgezeigt und Nachbesserungen eingefordert. Diese beziehen sich sowohl auf den besonderen Schutzzweck des Naturparks Saar-Hunsrück als auch auf die artenschutzrechtliche Bewertung. Die entsprechenden Nachbesserungen bleiben abzuwarten.

Neben der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergienutzung, die in Rheinland-Pfalz von der Regionalplanung ausgewiesen werden, setzt die Landesregierung Rheinland-Pfalz, wie auch die des Saarlandes, bei der Umsetzung der Energiewende besonders auf eine kommunale Steuerung der Windenergienutzung. Bei der Aufstellung und Änderung der Bauleitpläne sind gemäß Baugesetzbuch die Nachbargemeinden zu beteiligen, und zwar auch Landesgrenzen überschreitend. Ihnen ist dabei Gelegenheit zu geben, ihre Bedenken und Anregungen einzubringen, die wiederum sach- und fachgerecht abzuwägen sind. Im Rahmen der gemeinsamen Ministerratssitzung mit dem Saarland im September 2012 ist der Wille zu einer grenzüberschreitenden Abstimmung unterstrichen worden. Dabei ist auch vereinbart worden, dass eine verstärkte Abstimmung auf der Ebene der Bauleitplanung und für grenznahe bzw. grenzüberschreitende Vorranggebietsausweisungen auf der Ebene der Regionalplanung erfolgen soll.

Die Kleine Anfrage 1467 des Abgeordneten Bernhard Henter (CDU) beantworte ich vor diesem Hintergrund namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Wie bereits in der Vorbemerkung erwähnt, sind nun die angemahnten Nachbesserungen der in den Beteiligungen und Bewertungen aufgezeigten Mängel abzuwarten. Weitergehende Gespräche sind angesichts des aktuellen Verfahrensstandes noch nicht vorgehen.

Zu Frage 2:

Die Landesregierung nimmt die Bedenken der betroffenen Bevölkerung ernst. Es ist der Landesregierung ein Anliegen, gemeinsam mit den betroffenen Kommunen und Akteuren nach Lösungswegen zu suchen.

Zu Frage 3:

Das Beweidungsprojekt beinhaltet Maßnahmen zur Erreichung des Schutzzwecks. Die Beweidung ist durch das Windkraftprojekt nicht gefährdet, da sie auch in der Nähe von Windkraftanlagen ohne Einschränkung durchgeführt werden kann.

Zu Frage 4:

Die von der SGD Nord und der Kreisverwaltung Trier-Saarburg geforderten Nachbesserungen beziehen sich sowohl auf den besonderen Schutzzweck des Naturparks Saar-Hunsrück als auch auf die artenschutzrechtliche Bewertung. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord hat in ihrer Stellungnahme auf die Bedeutung des Naturschutzgebiets Panzbruch als Rastgebiet für Kraniche hingewiesen.

Zu Frage 5:

Das Baugesetzbuch weist den Gemeinden die Bauleitplanung in eigener Verantwortung zu. Die Landesregierung greift der Entscheidung der zuständigen saarländischen Behörde über die Genehmigung der in Rede stehenden Teiländerung „Windenergie“ des Flächennutzungsplans – sollte die Gemeinde Losheim am See sie beschließen – nicht vor.

Zu den Fragen 6 und 7:

Eine entsprechende Anfrage der Ortsgemeinde liegt bisher nicht vor.

In Vertretung:
Dr. Thomas Griese
Staatssekretär